

# Thorn'sche Presse.



## Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, bei der Expedition und den Ausgabestellen 1,50 Mk. vierteljährlich pränumerando; für auswärtig: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

## Ausgabe

täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

## Redaktion und Expedition:

Katharinen- u. Friedrichstr.-Gde.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

## Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn'sche Presse u. Friedrichstr.-Gde., Annoncen-Expedition „Invalidentanz“ in Berlin, Haasensteins u. Vogler in Berlin und Königsberg, W. Dufes in Wien, sowie von allen andern Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 2 Uhr mittags.

Nr. 14.

Freitag den 17. Januar 1896.

XIV. Jahrg.

## Der preussische Landtag

Ist gestern im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin durch den Präsidenten des Staatsministeriums Fürsten Hohenlohe im Auftrage des Kaisers und Königs mit folgender Thronrede eröffnet worden:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzen des Staates haben sich in dem abgelaufenen, wie in dem laufenden Rechnungsjahre wesentlich günstiger gestaltet, als bei Aufstellung der Voranschläge anzunehmen war. Infolge unerwarteter Steigerung der Erträge der Staatseisenbahnen und einzelner anderer Staatsbetriebe, sowie erhöhter Ueberweisungen aus den Einnahmen des Reiches hat die Rechnung des Jahres 1894/95 mit einem erheblich geringeren, als dem im Etat veranschlagten Fehlbetrag abgeschlossen; ein gleich günstiges Ergebnis darf für das laufende Jahr erwartet werden.

Auch der Entwurf des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1896/97, welcher Ihnen alsbald zugehen wird, schließt mit einem geringeren Fehlbetrag ab, als der Etat für das laufende Jahr. Insbesondere haben infolge des Aufschwunges des gewerblichen Lebens die Erträge der staatlichen Betriebsverwaltungen, namentlich der Eisenbahnverwaltung, höher veranschlagt werden können.

Die mit dem Beginne des laufenden Rechnungsjahres zur Einführung gelangte Neuordnung der staatlichen Eisenbahnverwaltung hat sich nach den bisherigen Erfahrungen im allgemeinen bewährt und zu den günstigen Ergebnissen beigetragen.

Wegen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes werden Ihnen auch in diesem Jahre Vorschläge zugehen, welche die Entwicklung mit Schienenverbindungen noch nicht bedachter Landestheile zu fördern bestimmt sind.

Auf dem Gebiete der Schule wird Ihre Zustimmung zu einem Gesetzentwurf erbeten werden, welche den Zweck hat, in Erfüllung der durch Artikel 25 der Verfassung dem Staat auferlegten Pflicht das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen gesetzlich derart zu regeln, daß ihnen überall ein festes, den örtlichen Verhältnissen angemessenes Einkommen gesichert ist. Ferner wird die gesetzliche Aenderung einzelner Bestimmungen des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 beabsichtigt, durch welche Schwierigkeiten und Zweifel beseitigt werden sollen, die bei der Anwendung dieses Gesetzes auf die nicht in unmittelbarem Staatsdienste stehenden Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten hervorgetreten sind.

Der Wunsch nach Stärkung und Erweiterung der auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Vertretungen von Handel und Industrie bewegt die beteiligten Berufsstände seit längerer Zeit; er ist neuerdings dringlicher geworden, seitdem in dem Gesetze über die Landwirtschaftskammern der Boden für eine kraftvolle Vertretung der Landwirtschaft geschaffen und eine korporative Organisation des Handwerks durch die Reichsgesetzgebung in Angriff genommen ist. Die bestehenden Organe des Handels und der Industrie haben sich in ihrer großen Mehrheit für eine das ganze Staatsgebiet umfassende Vertretung ausgesprochen. Demgemäß wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den die Organisation der Handelskammern über das ganze Land erstreckt und durch Ausstattung dieser Körperschaften mit

Korporationsrechten und Erweiterung ihres Geschäftskreises gestärkt werden soll.

Die andauernd ungünstige Lage der Landwirtschaft nimmt fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit der Staatsregierung in Anspruch. Sie ist entschlossen, alle Mittel in Anwendung zu bringen, welche zur Abhilfe geeignet sind und eine Besserung der Lage dieses für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so hochwichtigen Gewerbes gewährleisten.

Der im vorigen Jahre angekündigte Gesetzentwurf eines Gesetzes betr. des Auerrecht bei Renten- und Anstaltsgütern, welcher die Erhaltung dieser Güter bezweckt, wird nunmehr ungesäumt Ihrer Beschlussfassung unterbreitet werden.

Außerdem werden Ihnen Vorschläge gemacht werden, welche eine finanzielle Unterstützung der genossenschaftlichen Errichtung von Kornhäusern betreffen.

Meine Herren, indem ich Sie im allerhöchsten Auftrage begrüße, gebe ich der Zuversicht Ausdruck, daß mit Gottes Hilfe Ihre Thätigkeit auch in der bevorstehenden Tagung dem Vaterlande zum Segen gereichen werde.

Ganz Deutschland schaut sich an, die fünfundsiebenzigjährige Wiederkehr der Neubegründung des Reiches festlich zu begehen. Möge die Erinnerung an jene große Zeit auch für uns eine ernste Mahnung sein zu einträchtigem Zusammenwirken in fruchtbringender vaterländischer Arbeit.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Nach Verlesung der Thronrede brachte der Präsident des Abgeordnetenhauses von Köller ein dreifaches Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und König aus, in welches die Versammlung — es waren etwa 150 Mitglieder beider Häuser zugegen — begeistert einstimmte.

## Politische Tageschau.

Mehrere italienische Blätter berichten von einer Zusammenkunft der Monarchen des Dreieckes in Genua, und zwar werde Kaiser Franz Josef im Februar dorthin auf seiner Rückreise von Kap Martin kommen, ebenfalls auch Kaiser Wilhelm, dessen Nacht bereits nach dorthin beordert sei.

Die offiziös bestätigte Nachricht, daß die Königin von Großbritannien an den Kaiser Wilhelm einen Brief gerichtet und von Sr. Majestät umgehend eine Antwort erhalten habe, ist von der englischen Presse dahin ausgebeutet worden, daß behauptet wird, deutscherseits seien entschuldigende Erklärungen in der Transvaalfrage abgegeben worden. Bei uns in Deutschland war man sich ohne weiteres darüber klar, daß die Herren Engländer wieder einmal ihr Prestige durch erfindene Nachrichten weit machen wollten, daß also an der Geschichte von den deutschen Entschuldigungen kein wahres Wort sei. Den Engländern und dem übrigen Auslande gegenüber aber ist ein autoritatives entschiedenes Dementi der handgreiflichen Unwahrheit geboten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat zwar bereits in dieser Sache zur Wichtigkeit in offiziöser Form das Wort ergriffen, auch der „Hamburger Korrespondent“ schreibt anscheinend offiziös, man sollte sich in England davon überzeugt halten, „daß der Enkel der Königin Viktoria niemals dem deutschen Kaiser desavouieren werde“; allein unseren englischen „Bettlern“ gegenüber wird diese Form

nicht genügen, man wird schwereres Geschütz im „Reichs- und Staatsanzeiger“ auffahren müssen.

Die Eröffnung der französischen Kammerstagung hat am Dienstag in vollkommen geschäftsmäßiger Weise stattgefunden. In der Deputiertenkammer wurde Briffon zum Präsidenten gewählt. Ein zur Verteilung gelangtes Selbstbuch über Madagaskar brachte nichts Neues. Nach einer Depesche des Generals Duchesne vom 6. de. scheint die Ruhe in Madagaskar überall wieder hergestellt zu sein; die letzten Rebellen sind nach Säden geflohen, wohin Truppen zu entsenden sein werden. Die Lage in Tananarivo ist befriedigend.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus nimmt man in gut unterrichteten Kreisen an, daß ein endgiltiges Abkommen Englands mit Frankreich über das strittige Territorium am Obermefong in Siam kurz vor dem Abschluß sei.

Anlässlich der vorgestern erfolgten Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Glasgow an den ersten Lord des englischen Schatzes A. J. Balfour führte derselbe aus, falls, was der Himmel verhüten möge, die Zeit kommen sollte, wo England sich wieder im Kampfe ums Dasein gegen ihm gegenüber aufgestellte Streitkräfte befinden werde, so würden, das propheteiere, keine so bitteren Spaltungen unter den politischen Parteien Großbritanniens herrschen, wie zur Zeit der ersten französischen Revolution. Schotten, Engländer und Irländer, ob sie in dem Inselreiche oder in dessen Kolonien wohnen, würden die Parteiunterschiede vergessen.

Der englische Staatssekretär des Innern, Ridley, hielt vorgestern in New-Castle eine Rede, worin er die Zuversicht aussprach, die Venezuela-Angelegenheit werde einen befriedigenden Abschluß finden. Ridley führte ferner aus: Jamesons Einbruch in Transvaal sei unverantwortlich und ungerechtfertigt. Die Regierung beabsichtige, sich an die Konvention von 1884 zu halten, und sei gleichzeitig entschlossen, die Rechte der anderen Länder nicht zu beeinträchtigen. Ridley fordert die Bevölkerung zur Einigkeit auf und drückt das Vertrauen aus, daß aus dem jetzigen Uebel Gutes entstehen werde.

Prinz Ferdinand hat bei seiner Abreise ins Ausland, welche, wie gemeldet, Dienstag Vormittag mit dem Orient-Expreszuge erfolgte, eine Proklamation erlassen, in welcher Familienangelegenheiten als Reisegrund angegeben werden und die Gesamtregierung mit der Regentschaft betraut wird. — Die Sobranje tritt, wie ursprünglich in Aussicht genommen, am 21. Januar n. St. zusammen.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Prätoria vom 13. d. M. gemeldet: „Der Volksraad ist heute zusammengetreten, hat sich aber nach einer kurzen Sitzung wieder vertagt, da wegen der herrschenden Aufregung eine ruhige und leidenschaftslose Gesetzgebung für unmöglich erachtet wurde. Der Volksraad hat indessen die Regierung noch ermächtigt, die Artillerie um 400 Mann zu vermehren, und eine Resolution angenommen, in welcher dem Oranje-Freistaat und Sir G. Robinson der Dank für ihre Unterstützung ausgesprochen wird. Ferner wurde in der Sitzung eine Botschaft des Präsidenten Krüger verlesen, in welcher erklärt wird, daß die Regierung fest entschlossen sei, die geheiligten Rechte und Interessen der Republik zu wahren und ihnen noch eine festere und sicherere Grundlage zu geben. Alle weiteren Beratungen des Volksraads wurden bis zum

## Die deutschen Reichskleinodien.

Von Georg Buß (Berlin).

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Es ist ein neues deutsches Reich entstanden, das mit dem heiligen römischen Reich deutscher Nation staatsrechtlich nicht den mindesten Zusammenhang hat. Gewiß wollen wir bei dem neuen Kaiserthum den geschichtlichen Hintergrund mit den Helbingen, den alten Kaiser, der Heinriche und Ottonen, der Franken und Staufen, nicht missen. Aber das neue Kaiserthum als eine Fortsetzung des alten theokratisch-kosmopolitischen aufzufassen, geht nicht an und wäre ein großer politischer Fehler. Das haben auch die Kaiser aus dem Hohenzollern-Hause empfunden und die Krönung ist daher unterblieben. Ja, noch mehr: sie haben selbst die Herstellung von Reichs-Insignien unterlassen.

In Wirklichkeit sind die Insignien des neuen deutschen Kaiserreiches nur auf dem Papier vorhanden; es sei denn, daß man als wirklich ausgeführtes Attribut den Reichsadler gelten lassen will, weil er an der Rückwand des kaiserlichen Thrones und auf Reichsiegeln und Standarten zur Ausführung gekommen ist. Aber die Kaiserkrone und das große kaiserliche Insigne, das um das Reichswappen die gekrönten Stammschilder sämtlicher 26 Glieder zeigen müßte, sowie andere Insignien kaiserlicher Würde sind nicht vorhanden. Ihre Herstellung würde einen Kostenaufwand von zehn Millionen Mark verursachen, und zwar würde sehr wahrscheinlich Preußen die Kosten der Krone, jeder der übrigen Bundesstaaten, entsprechend seiner Größe, einen Theil der Kosten der anderen Insignien übernehmen. Die Veranschlagung einer solchen gewaltigen Summe widerspricht jedoch dem Sparfüßigen Sinne der Hohenzollern.

Auch eine Krönung, wofür man für eine solche eine durch-

aus moderne und dem Wesen eines protestantischen Kaiserhauses entsprechende Form gefunden hätte, dürfte an den bedeutenden Kosten Widerstand finden. Die entstehenden Rang- und Etiquette-Streitigkeiten würden noch eine erhebliche Erschwerung bedeuten. Daß übrigens eine solche Feier, wenn sie je beabsichtigt werden sollte, nur in Berlin stattfinden könnte, nicht aber in Frankfurt oder Aachen, bedarf wohl kaum der Begründung.

Der Vorschlag könnte nun gemacht werden, die Herrscherinsignien Preußens, die aus Krone, Szepter, Reichsapfel, Fahne und Schwert bestehen, zu jenen des deutschen Kaisers zu machen, dem aber widerspricht zunächst, daß das Königreich Preußen nur ein Glied des Reiches bildet, und daß jeder Anschein zu vermeiden ist, als ob es sich um ein preussisches und nicht um ein deutsches Kaiserthum handle. Wird entgegnet, daß bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages am 21. März 1871 die preussischen Insignien vorangetragen wurden, und daß sie auch Kaiser Wilhelm II. bei der feierlichen Eröffnung des Reichstages benutzte, so ist hiermit noch immer nicht die Wandlung der Insignien des Königreichs Preußen zu solchen des Deutschen Reiches vollzogen. Ausgesprochen soll durch die Benutzung der preussischen Insignien nur werden, daß es der König von Preußen ist, der den Reichstheil angenommen hat — ein Gedanke, der auch in der Kommodoren-Flagge des Kaisers, welche die Kaiserkrone durchsteckt mit preussischem Szepter und Schwert zeigt, zum Ausdruck gebracht ist. Weiter ist auch in Anbetracht der eigenthümlichen Verfassung unseres Reiches, die den Kaiser nur zum Vollstrecker von Reichsbeschlüssen macht, die Benutzung von Szepter und Reichsapfel, den Symbolen positiver Macht, keineswegs einwandfrei. Es existiren daher Szepter und Reichsapfel als Insignien des neuen Deutschen Reiches nicht einmal auf dem Papier. Nithin erinnern, wenn der Kaiser in irgend welchen Beziehungen und Angelegenheiten des Reiches, also bei der Er-

öffnung des Reichstages und bei dem großen Empfang der beim Reich akkreditirten Botschafter und Gesandten offiziell auftritt, von äußerlichen Attributen an seine Würde nur der Thron, der statt des rothen preussischen Behanges den abwechselnd mit Reichsadlern und Kaiserkrone besetzten gelben kaiserlichen erhalten hat, und, wie schon hervorgehoben, der von der Thronrückwand sich abhebende Reichsadler mit der über dem Haupte schwebenden Kaiserkrone.

Es war im Laufe des Jahres 1871, als Kaiser Wilhelm I. über die verschiedenen Attribute des neuen Deutschen Reiches Bestimmungen traf. Am 27. April wurde mittels Allerhöchsten Erlasses „bis auf weiteren Befehl“ angeordnet, daß für die anzufertigenden Stempelmateriale als Embleme der schwarze, einköpfige, gekrönte Adler, auf dessen Brust der preussische Adler aufliegt, zu dienen habe. Von der Wahl eines doppeltköpfigen Adlers, wie ihn einst als Hinweis auf das Imperium Romanum und das Regnum Germanicum das Reich im Mittelalter geführt nachdem es den einköpfigen fallen gelassen, konnte selbstverständlich keine Rede sein. Durch die allerhöchsten Erlasse vom 3. August und 15. Oktober wurden dann die weiteren Bestimmungen über Adler, Krone und Wappen des neuen Reiches, die Standarte des Kaisers, die Kronen der Kaiserin und des Kronprinzen, sowie deren Standarten gegeben. Unter Leitung des Grafen Stillsfried, Ober-Zeremonienmeisters und Vorsitzenden des Heroldsamtes, wurden alle diese Attribute gezeichnet. Daß aber Adler und Krone in der Zeichnung sonderlich glücklich waren, ließ sich nicht behaupten. Mit seinem Künstlerblick erkannte besonders der damalige Kronprinz die Schwächen dieser Kompositionen: der Adler erschien zu plump und zu sehr verdeckt von dem preussischen Wappenschilder, die nach oben trichterförmig ausgeweitete Krone zu hoch und blumentorbartig.

(Schluß folgt.)



Mal vertagt." — Unterm 14. meldet das Bureau: „Die Unterredung zwischen Präsident Krüger und Sir H. Robinson hatte ein befriedigendes Ergebnis bezüglich der Freilassung Jamesons. Die Erledigung der anderen Fragen wurde aufgeschoben. Die Berichte, daß Präsident Krüger übertriebene Forderungen gestellt habe, sind unbegründet.“

Nach einer Depesche des „Heraldo“ aus Havana hat Maximino Gomez mehrere Dörfer, etwa 30 Kilometer von Havana, in Brand gesetzt und Bejugal, etwa 25 Kilometer von Havana entfernt, angegriffen, wurde aber zurückgeschlagen. Maceo landete in Port Colomo ein; der dortige Präsekt konnte sich auf ein Kanonenboot retten.

### Preussischer Landtag.

Verenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar 1896.

Erster Vizepräsident Frhr. v. Manteuffel-Kroffen eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Präsident Fürst zu Stolberg-Wernigerode wegen Krankheit an der Ausübung seines Amtes verhindert sei. Das Haus beginnt seine Arbeiten mit dem Ausdruck der Freude, welche Empfindung in diesen Tagen der 25-jährigen Wiederkehr der Errichtung des deutschen Kaiserreiches besonders lebhaft sei. Das Haus stimmt in den Hochruf auf den Kaiser und König lebhaft ein. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 122 Mitgliedern, das Haus ist mithin beschlußfähig. Der aus Anlaß des 80. Geburtstages des Fürsten Bischoff gefasste Beschlus, die Büste des Genannten im Sitzungssaal aufzustellen, ist ausgeführt. Die Büste befindet sich an der Säule rechts vom Präsidentenplatz. Auf Antrag des Grafen Schlieffen-Sendbitten wird das alte Präsidium wiedergewählt. (Fürst Stolberg-Wernigerode Präsident, Frhr. v. Manteuffel-Kroffen erster, Loder-Köln zweiter Vizepräsident), ebenso die Schriftführer: Graf v. Garnier, Hammer, v. Klitzing, v. Neumann, v. d. Osten, v. Reinerdorff, von Rohr und Graf Seydewitz. — Morgen: Bereidung neuer Mitglieder, Beschlußfassung über geschäftliche Behandlung neuer Vorlagen, General-Kommission für Westpreußen.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar 1896.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung mit den Worten: Wir beginnen unsere Verhandlungen wie alljährlich so auch heute, in der wir Zeugnis ablegen davon, daß alle unsere Verhandlungen erfüllt sind von Treue und Ergebenheit gegen den König unseren Herrn. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch! Das Haus stimmte drei mal begeistert in diesen Ruf ein. Auf dem Bureau sind 229 Abgeordnete angemeldet, das Haus ist somit beschlußfähig. — Morgen: Präsidentenwahl, Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

### Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 15. Januar 1896.

Zur Beratung steht der Antrag Hise (Str.) betr. den gesundheitlichen Arbeiterschutz, sowie Erhebungen wegen Schutzes der jugendlichen und weiblichen Arbeiter der Hausindustrie. Abg. Hise (Str.) führt aus, daß der Schutz der Gesundheit und die Hebung der Sittlichkeit unter der Arbeiterbevölkerung die Hauptaufgabe der Arbeiterschutzgesetzgebung sei. Aber nur die Einzelregierungen hätten von den ihnen verliehenen Rechten Gebrauch gemacht, indem sie in dieser Hinsicht Verordnungen erlassen hätten. Jedoch sei eine einheitliche Regelung der Angelegenheit für das ganze Reich geboten. Unterstaatssekretär im preussischen Handelsministerium Lohmann giebt eine Uebersicht der bisher zum Schutz der Arbeiter erlassenen Verordnungen. Außerdem seien eine Reihe von neuen Verordnungen in Vorbereitung. In Bezug auf die Hausindustrie würden dem Reichstage demnächst Vorschläge zugehen. Abg. Höffel (Reichsp.) betont, daß unter den Fabrikarbeitern solche Krankheiten häufig seien, die durch die Natur der betreffenden Gewerbe bedingt würden, während die Kinder solcher Arbeiter oft erblich belastet seien. Der Redner hält die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren für nötig. Abg. Molkenbühr (soz.) bemängelt die Beschränkung vieler Fabrikwerkstätten und bezieht sich hierbei auf die Berichte der Fabrikinspektoren. Abg. Frhr. v. Stumm ist für den Antrag, betont aber, daß die Berufsgenossenschaften bereits genügend Vorschriften erlassen hätten; man solle überhaupt nicht viel von dem Reglementen erwarten. Die Abgg. Clemm (natlib.), Schall (konj.), Schmidt-Eislerfeld (fr. Volksp.) und Werner (öschiz. Rep.) sprechen sich für den Antrag Hise aus. Nach dem Schlußwort des Mittragstellers Lieber (Str.) wird der Antrag angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Antrag Ranis.

### Deutsches Reich.

Berlin, 15. Januar 1896.

Der Kaiser wird am 17. Januar im hiesigen Schlosse die kapitelfähigen Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler zur Aufnahme einiger Mitglieder und zur Abhaltung eines Kapitels versammeln.

Ein Berliner Blatt verzeichnet das allerdings noch unbefristigte Gerücht, wonach der Kaiser beabsichtige, dem Fürsten Bismarck am 18. Januar eine ganz besondere Auszeichnung zu Theil werden zu lassen.

Der Kaiser wird bei dem Nationalfest am 18. Januar die Nachbildung einer wichtigen Niederschrift seines Großvaters aus der Zeit vor 25 Jahren vertreiben lassen.

Die Fahnen und Standarten, welche zur Feier des 18. Januar von auswärts hier eintreffen, werden mit den Feldzeichen der Garde-Regimenter in den Fürstenzimmern des Potsdamer Hofes gesammelt und dort bis zum 17. mittags aufbewahrt, wo in der Mittagsstunde die Ueberführung derselben, nachdem sie mit frischem Eidenlaub geschmückt sind, in feierlichem Zuge nach dem Palais Kaiser Wilhelms I. erfolgt. Zu dieser Ueberführung ist die Leibkompanie des 1. Garde-Regiments zu Fuß und die 1. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments befohlen. Hierzu werden die Standartenführer der auswärtigen Regimenter beurlaubt gemacht. Hinsichtlich der zur Feier befohlenen Feldzeichen ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die Fahne des 1. Garde-Feld Artillerie-Regiments, die in dem Verzeichniß aufgeführt ist, in Fortfall kommt, da dieselbe dem Regiment erst nach dem Kriege gegen Frankreich verliehen ist. An der Parade auf dem Plage vor dem Opernhaus wird auch auf allerhöchsten Befehl das Kadettenkorps als Zuschauer sich beteiligen; die zuschauenden Offiziere erhalten ihren Platz vor dem Zeughaufe.

Zur Theilnahme an der Feier des 18. Januar wird der württembergische Justizpräsident Freiherr von Mittnacht, der Württemberg als Justizminister schon 1871 im Bundesrathe des deutschen Reiches vertreten hat, hier eintreffen. Vom großherzoglich-badischen Ministerium nehmen der Minister des Auswärtigen, von Brauer, der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Buchenberger und der Generaldirektor der badischen Eisenbahnen Geheimrath Eisenlohr theil, welcher letzterer in der ersten Sitzung des deutschen Bundesrathes als Vertreter Badens und schon vorher im Zollbundesrathe fungirte.

Von ehemaligen Abgeordneten aus den Jahren 1870 und 1871 haben sich 106 zur Feier gemeldet.

Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Braunschweig gemeldet wird, nimmt Prinz Albrecht im Frühjahr nicht wieder in England, sondern in Baden-Baden Kuraufenthalt.

Das preussische Staatsministerium hat heute im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe eine Sitzung abgehalten.

Der bisherige erste Sekretär der deutschen Botschaft in Paris, Legationsrath von Schön, ist zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt.

Der Präsident des Oberlandeskulturgerichts, Glagel, ist gestern gestorben.

Friedrich Haase nahm gestern Abend im königlichen Schauspielhaufe Abschied von der Bühne. Er wurde während der Vorstellung mit Blumen und Kränzen überschüttet. Zum Schluß hielt er mit leiser, zitternder Stimme eine kurze Ansprache, nach welcher die Beifalls-Bezeugungen des Publikums kein Ende nehmen wollten.

Der ehemalige Staatsminister Lamey wird in Heidelberg durch Feuer befallen werden.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, wird die Lippe'sche Thronfolgefrage im Reichstage nicht zur Sprache kommen, es soll erst die Entscheidung des Bundesrathes abgewartet werden.

In den preussischen Etat für 1896/97 soll ein ansehnlicher Betrag zur Förderung der körperlichen Übungen an den Universitäten eingestellt werden, und zwar auf besonderen Wunsch des Kaisers.

Das Lehrerbefolgungsgesetz wurde heute bereits im preussischen Abgeordnetenhaus vertheilt. Das Grundgehalt beträgt hier nach für Lehrer nicht unter 900 Mark, für Lehrerinnen nicht unter 700 Mark. Das Minimum der Alterszulagen für Lehrer beträgt 80 Mark, steigend von 3 zu 3 Jahren um je 80 Mark bis auf jährlich 720 Mark. Das Minimum der Alterszulagen für Lehrerinnen beträgt 60 Mark, steigend von 3 zu 3 Jahren um je 60 Mark bis auf jährlich 540 Mark. Die Alterszulage beginnt sieben Jahre nach dem Eintritt in den Schuldienst. Der dem Staat aus diesem Geleze erwachsende Mehraufwand beträgt 3 Millionen Mark. Der Staatsbeitrag wird gewährt bis zu 25 Lehrerstellen für jede politische Gemeinde.

Bremen, 15. Januar. Heute Vormittag ist unter zahlreicher Theilnahme der Behörden das neue städtische Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde in feierlicher Weise eröffnet worden.

München, 15. Januar. Die deutsche Kolonialgesellschaft (Abtheilung München) sandte gestern an den Präsidenten der Kolonialgesellschaft, den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, folgendes Telegramm: „Die sehr zahlreich besuchte Monatsversammlung der Abtheilung München spricht ihren Dank und ihre rückhaltlose Zustimmung für die in der Transvaal-Angelegenheit erfolgten Kundgebungen aus und ersucht Ew. Hoheit, an maßgebender Stelle die Errichtung einer befestigten Marinestation in Ostafrika zu befürworten.“

### Ausland.

Basel, 15. Januar. Das Preisgericht für den Umbau des hiesigen Rathhauses erteilte drei erste Preise von 1400 Franken, darunter einen an Döflein-Berlin; ferner einen zweiten Preis von 800 Franken an die Firma Ruder und Müller in Zürich und Straßburg.

Wien, 15. Januar. Zur gemeinschaftlichen Feier der Begründung des deutschen Reiches und des Geburtstages des deutschen Kaisers veranstaltet die reichsdeutsche Kolonie ein Festessen.

Peß, 18. Januar. Die Erhöhung des Zonen-tarifs für den Personenverkehr auf den ungarischen Staatsbahnen, welche am 8. des angefangen wurde, beträgt für die I. Wagenklasse in allen Zonen bei Personenzügen 20 Prozent, bei Schnellzügen 25 Prozent; für die II. Wagenklasse ist der Tarif nur in der 13. und 14. Zone, für die III. Wagenklasse nur bei Schnellzügen und für die IV. Klasse um 20 Kreuzer erhöht worden. Die aus der Tarifierhöhung der Staatsbahnen erwarteten Mehreinnahmen werden auf 1 478 258 Gulden geschätzt.

Rom, 14. Januar. Der König unterzeichnete ein Dekret, wodurch Major Galliano, der Vertheidiger Malles, wegen seiner kriegerischen Verdienste zum Oberstleutnant befördert wird.

London, 15. Januar. Die Admiralität hat die ersten Schiffsbaufirmen aufgefordert, Angebote auf sofort in Bau zu nehmende zehn neue Kreuzer einzureichen. Die Admiralität hat ferner alle Firmen, welche Regierungsaufträge haben, ersucht, diesen Arbeiten den Vorrang vor Privatarbeiten zu geben.

Petersburg, 15. Januar. Die Kaiserin empfing heute die Gemahlin des deutschen Botschafters, Fürstin Radolin, und die Komtesse Radolin.

Capstadt, 15. Januar. Der bisherige Premierminister Cecil Rhodes ist heute nach London abgereist.

Newyork, 15. Januar. 1 400 000 Dollars in Gold gelangen heute zur Ausfuhr nach Europa.

### Provinzialnachrichten.

Culmburg, 14. Januar. (Vorschussverein. Ersticktes Ferkelvieh.) Der Vorschussverein Culmburg zahlt in diesem Jahre 6 pCt. Dividende. Im Laufe des Jahres 1895 sind 63 Personen ausgeschieden, fünf sind verstorben, 48 schieben freiwillig aus, 10 wurden ausgeschlossen. Neu eingetreten sind 20 Personen. Es verbleibt die Mitgliederzahl von 352. — Aus dem Gute Glochau sind in voriger Nacht 7 Fühner, 9 Perlhühner und 12 Puten an Kohlendunst im Hühnerstall erstickt.

Danzig, 14. Januar. (Vor dem hiesigen Schwurgericht) hatte sich heute der Steuer-Kontrollor Paul Moritz Johann Krüger wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung zu verantworten. Krüger war früher in Neufahrwasser stationirt und machte f. S. seine Verhaftung nach seiner Verlegung nach Szibben (Kreis Heydenburg) am 15. Juni v. J. großes Aufsehen. Der Angeklagte ist 39 Jahre alt und Premier-Lieutenant der Landwehr. Er soll in der Zeit vom 1. April 1891 bis zum 30. September 1893 als Beamter bei dem Zollamt in Neufahrwasser zu mindestens 21 verschiedenen Malen Gelder, welche er in Geheim hatte, zu seinem eigenen Nutzen verwendet haben; die unterschlagenen Summen betragen nach Feststellungen der Anklagebehörde 5723 32 Mark. Ferner wird ihm vorgeworfen, diese Unterschlagungen durch Fälschung von Rechnungen, Registern und Büchern verheimlicht und falsche Beläge vorgelegt zu haben. Der Angeklagte ließ sich in längerer fließender Vertheidigungsrede über die Verhältnisse, die ihn zu diesem Schritte getrieben hätten, aus. Er müsse zugeben, daß das Geld in der Kasse gestohlen habe. Im Juni 1890 sei er nach Neufahrwasser an die Zollabfertigungsstelle am Hafenanal versetzt worden, wo er erster Kassenbeamter gewesen sei. Er sei in eine Stellung gerathen, die über seine Kräfte gegangen sei; wie seine Vorgesetzten befähigen würden, sei er mit Arbeit überbürdet gewesen; das gesammte Zoll- und Steuerwesen der Stelle habe in seinen Händen gelegen. In den drei Jahren, in denen er in Neufahrwasser gewesen sei, seien 5 bis 6 Millionen Mark durch seine Hände gegangen bei einem Jahresgehalt von 2300 Mk. und 600 Mark Zulage von seinen Schwiegereltern. Anfang 1891 sei ihm der zweite Kassen Schlüssel abhanden gekommen, auf welche Weise, wisse er nicht, und nach den Umständen könne er nur annehmen, daß der Schlüssel gestohlen sei. Wie ihm aus seiner amtlichen Thätigkeit bekannt

sei, würden von der Steuerverwaltung solche Vergehen hart gestraft, und er habe sich geheurt, das Fehlen des Schlüssels anzuzeigen. Im Monat April 1891 seien ihm nun aus der Kasse Papier- und Goldgeld im Betrage von über 4000 Mark verschwinden; der Dieb habe wohl den gestohlenen Schlüssel benutzt. Die verschiedensten Schritte habe er benutzt, um sich Geld zu verschaffen; alles sei ihm mißlungen, jedoch er zu den Verschleierungen gegriffen habe. Von seinem Gehalt habe er 800 bis 900 Mk. ersetzt und gehofft, die Summe im Laufe der Jahre zu ersetzen. Nun sei seine plötzliche Verlegung nach Szibben 1893 gekommen und so sei auch dieser Vorfall nicht zur Ausführung gekommen. Ueber die Zeit, in der er den Kassen Schlüssel verloren habe, hat Kr. widerspruchsvolle Angaben gemacht. Herr Steuerath Kluth stellte dem Angeklagten ein gutes Zeugniß als eifriger Beamter aus; nach der Verhaftung sei dem Zeugen allerdings manches Nachtheilige zu Ohren gekommen. Der Angeklagte habe zwar nicht auszusprechen, aber gut gelebt, man habe jedoch immer angenommen, er besäße Privatvermögen; Krüger habe dieser Annahme nie widersprochen. Herr Erster Staatsanwalt Pippert bezweifelte die von dem Angeklagten erzählte Geschichte von dem Verlust des Kassen Schlüssels und der 4000 Mk., die wohl nur von dem Angeklagten zur Milderung seiner Strafhafen erbracht worden sei. Wie sich auch aus den seit von Jahr zu Jahr steigenden unterschlagenen Summen ergebe, habe der Anklage nach und nach die Gelder entwendet, und man könne nur annehmen, daß er die Summen verspielt habe. Nachts 12 Uhr verließ der Obmann der Geschworenen das Verdict dahin, daß der Angeklagte nur einer einzigen fortgesetzten Betrugsbehandlung unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden sei, worauf ihn der Gerichtshof zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilte, von denen 4 Monate auf die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Ferner wurde K. auf 3 Jahre der Bekleidung öffentlicher Aemter für verlustig erklärt.

Neustettin, 13. Januar. (Die hiesige Schneider-Innung) feiert heute ihr hundertjähriges Bestehen.

### Lokalnachrichten.

Thorn, 16. Januar 1896.

(Zur Feier des 18. Januar.) Wie der Sedantag wird nun auch der 25-jährige Gedentag der Neubegründung des deutschen Reiches hier in Thorn durch einen Festkommers in allgemeiner Weise begangen werden. Der Festkommers, zu dem ein aus den Vertretern der hiesigen Militär- und Civilbehörden bestehendes Komitee einladet, findet bereits morgen, Freitag, statt und wird um 8 Uhr Abends im Artushofe abgehalten. Sicher wird es dem Festkommers nicht an der zahlreichen Theilnahme der Bürgerschaft fehlen, welche der Feier den würdigen Verlauf giebt.

(Reichsbank.) Des Nationalfestes wegen wird am Sonnabend den 18. d. Mts. Bureau und Kasse der Reichsbank von 12 Uhr mittags ab geschlossen.

(Personalien.) Herr Landgerichtsrath Großmann hier selbst ist zum Landgerichtsdirektor am hiesigen Landgericht ernannt.

(Herrn Stadtbaurath Rudolph Schmidt) ist noch eine weitere Ehre zu Theil geworden. Die freiwillige Feuerwehr hat ihn, der als Feuerherd in enger Beziehung zur Wehr stand, zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Das Ehrenmitgliedsdiplom ist in künstlerischer Ausführung hergestellt. Oben schweben zwei Beinen, einer der Engel bläst in das Feuerhorn, der andere hält die helleuchtende brennende Fackel; zwischen beiden steht man das Monogramm R.S. Ein darunter befindliches verhängenes Band hat den Wahlspruch der Wehr: „Gott zur Ehr“, dem Nächsten zur Wehr“ als Inhalt. Darunter befindet sich in der Mitte das Thorer Stadtwappen. Die Inschrift des Diploms lautet: „Die freiwillige Feuerwehr Thorn ernannt herdurch Herrn Rudolph Schmidt, Stadtbaurath, zu ihrem Ehrenmitglied. Thorn den 14. Januar 1896. Der Vorstand. Vorwärts, Bochte, Lohmann, Guffow, Knaaf, Meinaß, Paszowski, G. Gude, Glöckmann, Thober. Unter den Unterschriften des Gesamtvorstandes ist das Stadtbild von Thorn angebracht, vor und über demselben steht die Figur der Germania mit gekreuztem Schwerte und dem Silberschilde, auf welchem in Goldbuchstaben die Worte „Freiwillige Feuerwehr Thorn“ stehen, umgeben von allen Insignien der freiwilligen Feuerwehrr. Die in goldblauen Buchstaben in Gold, Silber und verschiedenen Farben ausgeführte Schrift ist von einem farbigen Bande, der links von Eichen- und rechts von Lorbeerblättern gebildet wird, eingefasst. Rechts im Mitteltheil des Bandes ist die Feuerfackel mit Fiedermantel und zwei brennenden Fackeln dargestellt. Die Adresse befindet sich in einer mit rothem Wachs überzogenen Mappe, die auf der Vorderseite mit einem vergoldeten Reichsadler geziert ist. Die Arbeit stammt aus der Anstalt von Peter Sch in Berlin. Die Ueberreichung der Adresse findet heute Abend durch den Gesamtvorstand der freiwilligen Feuerwehr statt.

(Stadtverordnetenversammlung.) Gestern Nachmittags 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Anwesend waren 28 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordneter Professor Bochte. Am Tische des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Dr. Köhl, Bürgermeister und Rämmerer Stadtwitz, Stadtbaurath Schmidt, Syndikus Reich, Oberförster Währ und Stadtrath Matthes und Richter. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre für die Mitglieder der Versammlung, worauf Oberbürgermeister Dr. Köhl der Versammlung den Regierungreferendar Herrn Rebe vorstellte, welcher dem Magistrat zur dreimonatlichen Beistandigung im Kommunalverwaltungsdienst überwiesen ist. Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Bericht über den Personalbestand und die Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung im abgelaufenen Jahre 1895. Danach zählte die Versammlung zu Beginn des Jahres 1895 36 Mitglieder (die voll. Zahl) und verlor im Laufe des Jahres durch den Tod den Stv. Kolinetz am 12. August und durch Abgang in das Magistratskollegium den Stv. Matthes, jedoch das Kollegium Ende 1895 34 Mitglieder zählte. Es haben 22 Sitzungen an 23 Tagen stattgefunden (eine Sitzung umfaßte infolge Verlegung 2 Tage), eingegangen sind 473 Vorlagen (gegen 368 im Vorjahre), wovon 468 erledigt wurden. Der Vorsitzende theilte ferner mit, daß aus der Mitte der Versammlung ein dringlicher Antrag auf Ausschreibung der Stadtbaurathstelle eingbracht sei. Die Dringlichkeit für denselben wird anerkannt. Es folgt die Konstituierung der Versammlung durch Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse. Zunächst wird zur Wahl des Vorstandes geschritten, während welcher der Alterspräsident der Versammlung, Stv. Preuß, den Vorsitz übernimmt. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhalten Stimmen: Professor Bochte 19, Steuerinspektor Hensel 7, Professor Fejerabendt 1, unbedienter Fettel 1. Professor Bochte ist somit wiedergewählt. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden erhalten von 29 abgegebenen Stimmen — ein Stadtverordneter ist inzwischen noch hinzugekommen — Hensel 25, Dietrich 2, Tilk 1, unbedienter Fettel 1. Somit ist Stv. Hensel wiedergewählt. Die Wahl des Verwaltungsausschusses hat folgendes Resultat: es werden wiedergewählt die Stv. Hensel (27 St.), Krivay (26), Dorau (27), Ueblich (27), Korbes (27). Das bisherige Ausschussmitglied, Stv. Hirschberger, erhält nur 14 Stimmen, als weniger als die absolute Mehrheit. W.I. ihm kommt Stv. Schw. der 7 Stimmen erhalten hat, in die Stichwahl. Aus derselben geht Stv. Schw. mit 17 Stimmen als gewählt hervor; Stv. Hirschberger erhält 12 Stimmen. In den Finanzausschuss werden die Stv. Dietrich (26 St.), Adolph (26), Cohn (25), Tilk (26), Glöckmann (24) und Hellmoldt (26) wiedergewählt. Schließlich erfolgt die Wahl der Kommission für Versäumnisstrafen, in welche die Stv. Preuß, Hirschberger und Wegner per Akklamation wiedergewählt werden. — Bevor in die übrige Tagesordnung eingetreten wird, bringt der Vorsitzende den Antrag auf Ausschreibung der Stadtbaurathstelle zur Beschlußfassung ein. Namens der Unterzeichner des Antrages nimmt das Wort Stv. Tilk: Als in einer der letzten Sitzungen beschlossen worden sei, die Ausschreibung der Stadtbaurathstelle auf drei Monate hinauszuschieben, da habe man diesen Beschluß wohl nicht ganz überlegt. Man könne die Verwaltung dieser Stelle doch nicht in der Luft hängen lassen. Die Arbeiten im Stadtbauamt seien in den letzten Jahren bedeutend arößer geworden, auch die laufenden Geschäfte erforderten die Arbeitskraft eines ganzen Mannes. Stv. Cohn bemerkt, da es sich um Ausschreibung eines gefassten Beschlusses handle, so werde es erforderlich sein, daß man den Antrag zunächst dem Ausschuss überweise. Die Versammlung beschließt im Sinne der Antragsteller, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen. — Es kommen nunmehr die Vorlagen des Finanzausschusses zur Verhandlung, für welche Stv. Dietrich referirt. 1. Rechnung der Rämmerer-Depositenkasse pro 1894/95. Die Rechnung, welche in Einnahme und Ausgabe mit 1 190 000 Mk. abschließt, wird entlastet. — 2. Jahresrechnung des Depositoriums der milden Stiftungen pro 1894. Die Vermögen der Stiftungen sind theils auf dem alten Stande verblieben, theils haben sie sich um ein Geringes



vermehrt. Es betragen u. a.: Krankenhaus 62 273 Mk., Kinderheim 27 512 Mk., Waisenhaus 30 880 Mk., Gewerbesteuer 18 100 Mk., Bürgerhospital 151 847 Mk. Auch dieser Rechnung wird Entlastung erteilt.

3. Von dem Protokoll über die am 24. Dezember stattgefundene monatliche ordentliche Kassenrevision der Kammereasse nimmt die Versammlung Kenntnis, desgleichen von dem Protokoll über die am selben Tage abgehaltene Revision der Kasse der städtischen Gas- und Wasserwerke. Bei der Kassenrevision haben die Vorläufe 685 127 Mk. betragen.

4. Für den Polizeibureauassistenten Scjejan wird eine Unzulagekosten-Ermäßigung von 71 Mk. bewilligt; beantragt waren 73 Mk., wovon 2 Mk. gestrichen sind.

5. Ablaufen eines Quantum Wassers im Artillerie-Dienstgebäude. Auf dem Grundstück des Artilleriedepots sind im 3. Quartal 1895 infolge eines Rohrbruchs an einem alten Bleirohr, das zur Speisung einer kleinen Pumpe diente und an die Wasserleitung angeschlossen war, 1365 Kubmtr. Wasser über den Durchschnittsverbrauch von 65 Kubmtr. abgelaufen, ohne daß es bemerkt worden war; erst bei der Revision des Wassermeßers wurde der Rohrbruch bemerkt. Das Artilleriedepot bittet nun, daß die Stadt für das durch den Rohrbruch abgelaufene Wasser keinen Zins erhebe. Wasserleitungsdeputation und Magistrat beantragen, daß für das verbrauchte Quantum von 65 Kubmtr. der feststehende Zins von 25 Pf. zu zahlen ist und daß für das in die Erde abgelaufene Quantum von 1365 Kubmtr. nur die Selbstkosten in Höhe von 10 Pf. pro Kubmtr. erhoben werden. Stv. Wolff fragt, ob man nicht zu weit gehe, wenn man bei solchen Gelegenheiten immer den Wasserzins herabsetzen wolle. Wenn eine Schuld an dem Rohrbruch vorliege, brauche man doch eine Ermäßigung nicht einzutreten zu lassen. Ob die Schuldfrage schon geprüft sei. Stadtbaurath Schmidt: Ein Verschulden durch grobe Nachlässigkeit oder Böswilligkeit liege nicht vor; der Rohrbruch sei erfolgt, weil die Stärke des alten Bleirohrs, gegen welches man schon von vornherein Bedenken gehabt hätte, dem Druck der Wasserleitung gegenüber zu gering war. Bei solchen unverschuldeten Rohrbrüchen, die jedem Hausbesitzer passieren könnten, sei eine Preisermäßigung wohl zulässig. Wenn der Stadt die Selbstkosten gezahlt werden, so habe sie keinen Verlust, da ja Wasserüberfluß vorhanden sei. Der Wasserverbrauch sei ja noch nicht so groß, als für die rationelle Gestaltung des Betriebes und für die bessere Ausnutzung des Personals zu wünschen wäre. Stv. Ueblich fragt, ob die Berechnung der Selbstkosten mit 10 Pf. noch als richtig anzusehen sei. Stadtbaurath Schmidt: Die Selbstkosten seien auf 8-9 Pf. berechnet gewesen, man nehme sie jetzt auf 10 Pf. an. Genau und sicher würden sie sich erst nach dem 3jährigen Durchschnitt des Wasserleitungs-Stats feststellen lassen. Die Versammlung erklärt sich mit der beantragten Wasserzinsermäßigung einverstanden.

6. Die Rückzahlung von 48 Mk. zu viel gezahlter Steuern an den Pächter Grundwald in Barbarien wird genehmigt.

7. Der Etat für die städtische Ziegeleierhaltung wird pro 1896/97 wie im Vorjahre in Einnahme und Ausgabe auf 43 720 Mk. festgesetzt.

8. Die Beilegung des Grundstücks Alstadt Nr. 104 mit 18 000 Mk. wird genehmigt.

9. Freilegung der Wege von Barbarien-Wiesenburg und Thorn-Schwarzbruch. Die Freilegung soll erfolgen, damit die Abfuhr der Hölzer aus der städtischen Forst erleichtert wird, was im Interesse eines besseren Verkaufs der Hölzer liegt. Die Kosten für eine Weglänge von 4600 Meter betragen 4000 Mk. Der Wasserbeschuh Thorn hat eine Weite von 8 1/2 Pf. pro Meter laufenden Weg in Aussicht gestellt. Die Freilegung wird unter Bewilligung der Kosten genehmigt. — Es folgt die Beratung der Vorlagen des Verwaltungsausschusses; Referent Stv. Gentel. 1. Neuverpackung des Vorwerkes Chorab. Die Verpackung des Vorwerkes in Barzellen hat ein günstiges Ergebnis gehabt, da die Barzellenpächter zulassen mehr Pacht bieten als der bisherige Pächter Szatowski gezahlt hat. Das Hauptgut hat der Kantinenpächter Krue gepachtet. Die Versammlung genehmigt die Verpackung in Barzellen nach den vorliegenden Geboten. Der bisherige Pächter, welcher die Pacht nicht mehr aufbringen konnte, wird von seinem Vertrage zum 1. April entbunden. — 2. Im Termin zum Verkauf der alten Scheune und des Stalles am Mühlentablimment in Barbarien sind Gebote von 42 Mk. beim 80 Mk. abgegeben worden. Der Verkauf wird für diese Gebote genehmigt. — 3. Für den 1. und 3. Bezirk werden die Herren Stadtrath Richter und Kaufmann Dorau auf eine 3jährige Periode als Schiedsmänner wiedergewählt. — 4. Zur Anschaffung eines neuen Kartenpindels und sonstiger Lehrmittel für die Bürger-Mädchen-Schule bewilligt die Versammlung die Beträge von 50 und 60 Mk. — 5. Die Feier des 18. Januar als 25jähriger Gedenktag der Kaiserproklamation. Der Magistrat theilt mit, daß er beschlossen hat, von einer offiziellen Feier des 18. Januar innerhalb der beiden städtischen Kollegien in Form eines Festessens oder Kommerzes Abstand zu nehmen. Da-gegen soll der Gedenktag durch Blasen eines Chorals vom Rathhausthurme und Flaggen aller städtischen Gebäude gefeiert werden; auch die Bürgerschaft soll zur Beteiligung am Flaggen aufgeföhrt werden. Ferner werden in der Schule Feste gehalten und an die Schüler sollen 1000 Exemplare einer Festschrift des Soprapredigers Roage zur Verteilung gelangen, wozu 100 Mk. erforderlich ist. Es war auch eine Aufforderung zur Illumination in Erwägung gezogen, dieselbe soll jedoch unterbleiben. Der Referent bemerkt hierzu, daß inzwischen von privater Seite ein allgemeiner Festkommerz veranstaltet worden sei. Stv. Wolff fragt, warum dieser Festkommerz denn am 17. und nicht am Gedenktag selbst stattfinden. Oberbürgermeister Dr. Kohli erwidert, der einzige Grund sei der, daß für den 18. kein Saal mehr zu bekommen war. Man werde ja aber in den 18. hinein feiern. (Große Heiterkeit.) Von der Mittheilung des Magistrats wird Kenntnis genommen; die 100 Mk. Kosten werden genehmigt. — 6. Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten auf Ausschreibung des jährlichen Bedarfs an Petroleum, Seite 2c. für die städtischen Bureaus nicht beigetreten, weil es sich hierbei nur um ganz geringe Beträge handelt. Der Gesamtbedarf ist auf 200 Mk. pro Jahr berechnet. Auf Vorschlag des Stv. Dietrich, welcher meint, der Bedarf müsse größer sein, wird beschlossen, die Sache bis zur Staatsberatung zu vertagen. — 7. Zum Spritzenmeister wird an Stelle des Mechanikers Schulz der Gelbgießermeister Barkud gewählt. — 8. Der Vermietung von vier Rathhausgebäuden stimmt die Versammlung zu. — 9. Für Reparaturarbeiten an dem Wirtschaftsgebäude in Dief werden an den Zimmerer Lange-Ziegelwiese 200 Mk. bewilligt. Schluß der Sitzung um 1/6 Uhr. An die öffentliche Schloß noch eine geheime Sitzung.

(Der Lehrerverein) hält Sonnabend den 18. d. Mts. 7 Uhr in der Schiedshalle des Schützenhauses eine Sitzung ab, in welcher ein Referat über das Lehrerbildungsgesetz, das dem Landtage vorgelegt worden ist, gehalten werden wird. Das Gesetz liegt nebst Begründung dem Referenten vor.

(Ueber den Anterverein) ist in letzter Zeit das Gerücht verbreitet worden, der Verein hätte sich ganz aufgelöst. Dem gegenüber sind wir in der Lage aus zuverlässiger Quelle mittheilen zu können, daß diese Nachricht nicht zutreffend ist. Der Verein besteht nach wie vor und wird mit Beginn des Frühjahr seine Thätigkeit wieder aufnehmen. Der Verkauf der Dampf- und die Verlosung der Uenfilien hat statutenmäßig stattfinden müssen, um unzufriedene Mitglieder, die ihren Austritt anmeldeten, abzufinden.

(Theater.) Man muß gestehen, daß Herr Hoffschauwpieler Grube ein sehr interessantes Gastspiel-Repertoire mitgebracht hat, welches die Vielseitigkeit seiner Künstlerpersönlichkeit in glänzendem Lichte zeigt. Gestern excellirte der Gast in der Rolle des Königsleutenants, in welcher er eine Leistung gab, die das vollbesetzte Haus entzückte. Das war eine klassische Figur des Grand-seigneur aus dem ancien regime, welche der Gast schuf; sie war von meisterhafter Vollendung in der Behandlung des radebrechenden Deutsches, in der Mäxte und Mimik und der ganzen Art des Gehabens. Das Chevalereske in dem Wesen des Generals, seine krankhafte Sentimentalität, kurz alle Züge dieses Charakters kamen fein und natürlich zur Darstellung. Der Königsleutenant ist von jeher eine Paraderolle für Schauspieler von erstem Range, und durch seine Trauung in dieser Rolle hat Herr Grube unserm Theaterpublikum gestern am überzeugendsten bewiesen, daß er zu unseren ersten Bühnenkünstlern zählt.

(Zum Theaterbauprojekt.) Wie wir hören, stellt sich der Kostenanschlag für den von Herrn Baumeister Ueblich entworfenen Stadttheaterbau auf 250 000 Mark. Der Bauhof des Theaterbaues ist in Renaissance. Wie wir weiter erfahren, ist die Restauration im Theatergebäude nur als Theaterrestauration projektiert, da sie keine neue Konkurrenz für die Restaurateure der Stadt bilden soll. Es ist geplant, auch einen Garten für das Theater anzulegen. Die „Thornische Zeitung“ meint in ihrer Notiz über die Auslegung des Projektentwurfs im Schauspieler der Lambert'schen Buchhandlung, daß der geplante Theaterbau ja wohl noch in weiter Ferne liege. Offenbar ist das nicht der Fall, offensichtlich findet sich in unserer Bürgerschaft soviel lokalpatriotische Opferwilligkeit, daß es möglich ist, das Projekt in nahe liegender Zeit zur Ausführung zu bringen. Zur „Größe

Thorns“, von der in diesen Tagen soviel gesprochen worden ist, geht auch ein Stadtheater, und es wäre ein schönes Zeugnis hohen Gemeinnes für unsere Bürgerschaft, wenn sie aus eigener Kraft die Pflegestätte für Kunst und geistige Bildung wiedererrichtet, die Thorn früher befehen hat. Deshalb sprechen wir nochmals den Wunsch aus, daß Herr Baumeister Ueblich bei seinen dankenswerten Bemühungen um Verwirklichung des Theaterbauprojekts genügende Unterstützung in unserer Bürgerschaft finden möge.

(Von Herrn Rechtsanwalt Polcyn) geht uns folgende Berichtigung zu:

„In Nr. 13 der „Thornische Presse“ ist unter der Bezeichnung „Polnische“ die Behauptung aufgestellt: Der Angeklagte Behrendt habe in Folge dessen, daß der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Schlegel, gegen die Zusammenziehung des Gerichtshofes protestirt habe, weil einer von den Richtern Polke sei, an seinen Vertreter, Rechtsanwalt Feilchenfeld, das Verlangen gestellt, seinerseits in dem neuen Termine Protest gegen die Zuständigkeit des Gerichtshofes zu erheben, weil zwei Richter Deutsche seien. Es ist ferner gesagt worden, daß Rechtsanwalt Feilchenfeld das Verlangen abgelehnt habe, worauf Rechtsanwalt Polcyn sich mit dem Verlangen des Behrendt einverstanden erklärt habe. Die Darstellung der Sachlage bedarf der Berichtigung: Der Herr Behrendt hat nicht die Ablehnung der Richter deutscher Nationalität verlangt, sondern nur soweit die Mitglieder des Gerichts der Gesellschaft S. R. L. angehören. Dieses Verlangen ist in der Verhandlung zum Ausdruck gekommen.“

Wir bemerken hierzu, daß der Artikel, auf welchen sich diese Berichtigung bezieht, aus der „Gazeta Torunsta“ herkommt und, wenn deren Behauptungen nicht zutreffend sind, sich Herr Rechtsanwalt Polcyn mit seiner Richtigstellung zunächst an die „Gazeta Torunsta“ hätte wenden sollen. — In der „Gazeta Torunsta“ ist gesagt worden, daß Herr Behrendt an seinen Rechtsbeistand das Eruchen richtete, gegen die Zuständigkeit des Gerichts zu protestiren, falls die Richter Deutsche und (wie nebenbei noch bemerkt ist) Anhänger des S. R. L. seien. Nach der Behauptung der „Gazeta Torunsta“ sollte sich auch Herr Polcyn bereit erklärt haben, diesem Wunsche zu willfahren. Die Gegenüberstellung der beiden Ablehnungsfälle durch die „Gazeta Torunsta“ hatte erst unser Interesse an der ganzen Sache erregt.

(Strafammer.) In der gestrigen Sitzung führte den Vorsitz Herr Landgerichtsrath Koh. Als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsrath Schulz II, Landrichter Bischoff und die Gerichtsoffiziere Fischer und Boethle. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Gerichtsoffizier Reich. — Wegen eines im März v. J. in Gorkom verübten Kartoffeldiebstahls wurde dem Schiffer Johann Mondrejowski aus Damerou eine dreitägige Gefängnisstrafe auferlegt. — Die Schalterknechtstrau Catharina Janowski geb. Djalowski aus Wangerin war beschuldigt, in Wangerin zu verschiedenen Malen das Gemengewebe ausgetrennt zu haben, ohne daß sie die Gebammenprüfung abgelegt hatte und als Gehammte konfessionirt war. In einem Falle sollte sie sich auch der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht haben, indem sie bei einer Wöchnerin Maßnahmen ergriff, die für das Leben und die Gesundheit der betreffenden Person höchst gefährlich waren. Die Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung und Gehammtenpöbelerei zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Den Arbeiter Friedrich Sommerfeld und Wilhelm Blante aus Waldau war zur Zeit gelegt, aus dem Waldauer Walde mehrere Holzstämme entwendet zu haben. Sommerfeld wurde als rückfälliger Dieb zu 2 Monaten, Blante zu einer zweiwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilt. — Wegen den Arbeiter Gustav Müller aus Schlüsselwühle und den Eigentümer August Gebri aus Bohrmühle wurde wegen verübter Körperverletzung und Freiheitsberaubung auf eine dreitägige Gefängnisstrafe erkannt. — Die Röhnerfrau Kosalie Wittowski geb. Schwinzki aus Schlons, welche der Körperverletzung in zwei Fällen, der Verleumdung, des Hausfriedensbruchs und der Nötigung angeklagt war, wurde wegen Körperverletzung in nur einem Falle zu 20 Mark Geldstrafe, eventuell vier Tagen Gefängnis verurtheilt, bezüglich der übrigen Vergehen erfolgte die Freisprechung der Angeklagten. — Die Protonotariatsarbeiter Andreas Buchholz und Martin Alexandrak von hier befanden sich am Abend des 16. November v. J. auf der Culmer Vorstadt. Sie waren, nachdem sie ihren Arbeitslohn abgehoben hatten, aus der Stadt gekommen und fanden im Grätz, sich voneinander zu verabschieden und nach Hause zu gehen. In diesem Augenblick kamen der Maurergeselle Theodor Glaza von hier und der Arbeiter Anton Lewandowski aus Biskupis an ihnen vorüber. Von ihnen verließ Glaza ohne jede Veranlassung und ohne vorher ein Wort zu sagen, dem Alexandrak einen Messerstoß in den Kopf. Lewandowski hingegen fürzte sich auf Buchholz und brachte diesem drei Messerstiche in den Kopf bei. Dem Alexandrak entfiel bei dieser Gelegenheit ein Pödel, in welchem sich Fleischsauren befanden. Dieses eignete sich Glaza an. Letzterer hatte sich dierhalb wegen gefährlicher Körperverletzung und Unterdrückung zu verantworten. Gegen Lewandowski dagegen lautete die Anklage nur auf vorläufige Körperverletzung. Wegen letzteren Vergehens wurde dem Glaza eine einjährige, dem Lewandowski eine einjährige und sechsmonatliche Gefängnisstrafe auferlegt. Von der Anklage der Unterschlagung wurde Glaza freigesprochen. — Eine Sache wurde vertagt.

(Abbruch.) Wie uns mitgetheilt wird, ist in unserer gestrigen Notiz über den Abbruch des Kaufmann Kaiser'schen Hauses am Altstädtischen Markt die Angabe, daß das Balken- und sonstige Holzwerk in den oberen Etagen total verkauft war, nicht richtig. Sämmtliches Balkenwerk ist vielmehr trotz des hohen Alters des Hauses gut und sogar überrauschend erhalten gewesen, sodaß eine Gefahr für die Sicherheit des Hauses nicht befanden hat. Die Notiz war uns von einem Lokalberichterstatter zugegangen, der somit falsch unterrichtet gewesen ist.

(Polizeibericht.) In polizeilichen Gewahrsam wurden 5 Personen genommen.

(Gesunden) eine Gabel mit Nickelstiel auf der Eisenbahnbrücke. Näheres im Polizeisekretariat.

(Von der Weichsel.) Wasserstand heute mittags 0,58 Mr. über Null. Das Wasser steigt. Bei dem heute herrschenden starken Winde bricht der Wellenschlag dos an den Uferändern angelegte Eis los, das langsam stromab schwimmt.

(Viehmarkt.) Auf dem heutigen Viehmarkt waren 205 Schweine aufgetrieben, darunter 24 fetts. Bezahlt wurden 30-31 Mk. für bessere und 29 Mk. für geringere Qualität pro 50 Kilo Lebendgewicht. Die Nachfrage überstieg das Angebot.

(1) Morder, 15. Januar. (Verhafteter Dieb.) Unter dem Verdachte, den Diebstahl bei dem Lehrer Wagner in Rabin-Komow verübt zu haben, wurde gestern Abend der Arbeiter Anton Rykowski von hier, Waldauerstraße wohnhaft, durch den Gendarm Rykowski verhaftet. Rykowski soll den entwendeten Schleifstein dem Arbeiter Zuknaki zum Kauf angeboten haben. Außer Rykowski ist noch ein zweiter, ebenfalls in der Waldauerstraße wohnhafter Arbeiter verdächtig, an dem Diebstahl theilhaftig zu sein.

(2) Morder, 16. Januar. (Unzuf. größter Art) ist in der Nacht zum Dienstag zwischen 11 und 12 Uhr hier verübt worden. In verschiedenen Straßen wurden eine Anzahl Firmenschilder abgerissen, so beim Buchbinder K., Barbier W., Barbier T., Klempnermeister W., Klempnermeister L. und Sattlermeister D., und bei der Pfarrerwitwe S. wurden mehrere junge Bäumechen umgebrochen. Als Thäter sind drei junge Studenten ermittelt, die sich einen 30g. Uff geleistet haben. Man sollte nicht glauben, daß bei gebildet sein wollenden jungen Leuten noch immer solche rohen Ausschreitungen vorkommen können.

Podgorz, 15. Januar. (Diebstahl.) Dem Gendarm Herrn Reich ist es gelungen, in der gestrigen Nacht verschiedene hiesige Arbeiter abzufassen, welche vom Kanarbahnhofe Kohlen stahlen. Einer dieser Diebe wollte sogar seine Beute per Schlitzen nach Hause schaffen. Sämmtliche Spitzhüben sehen ihrer Bestrafung entgegen.

K Reibisch, 15. Januar. (Festveranstaltungen.) Zur Feier der 25jährigen Wiederkehr des Tages der Neubegründung des deutschen Reiches veranstaltet am 18. Januar 1896 abends 8 Uhr der Kriegerverein ein Festessen am Herrensabend mit Festspreche, Gesang und komischen Vorträgen.

aber stets Ausreden gemacht; als nach der Flucht Friedmanns in seinem Bureau die Herausgabe des Depots von neuem verlangt worden, habe Rechtsanwalt Löwenstein erklärt, es sei weder Geld noch ein Depositschein vorhanden. — Die Verhandlung gegen Friedmann vor dem Ehrengerichtshofe in Leipzig, die auf den 22. d. Mts. festgesetzt war, ist vertagt worden. Der Anakkte wird nun öffentlich geladen werden und im Falle seines Ausbleibens wird dann in seiner Abwesenheit gegen ihn verhandelt werden.

(Streikluft.) Eine große Anzahl Berliner Gewerke geht zum Frühjahr, unter dem Einflusse der sozialdemokratischen Orberden, mit Streikplänen um. Die Rufer im Streit sind durchgängig Leute, die eine Rolle in den Streikkomitees zu spielen und dabei die Streikklasse in Kontribution zu setzen gedenken.

(Verurtheilung) Das Münchener Militärgericht verurtheilte den Sekondeleutnant Scheffer vom 2. Infanterieregiment, welcher in der Sylvesternacht die Patrouille nach dem Wirthshaus Restaurant entsandte, wegen Verletzung der Dienstpflicht zu 30 Tagen Stubenarrest.

(Explosionsunglück.) In den Sprengstoffwerken von Dr. K. Röhren u. Co., Kommanditgesellschaft, in Doemitz explodirte, wie der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, eine Patronenhülse, wobei ein Mann getödtet wurde.

(Verhaftung.) Der durch seine literarischen Arbeiten bekannte Professor Eduard von Bamberg in Leipzig ist auf Antrag des Staatsanwalts in Wiesbaden wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet worden.

**Briefkasten.**

R. S. L. Frage: a) Werden auch Volksschullehrer in den Verein zur Förderung des Deutschtums in den Dismark aufgenommen? b) Bei wem muß man den Aufnahmeantrag stellen? c) Muß man Eintrittsgeld zahlen und wieviel? d) Wieviel beträgt der Jahresbeitrag? e) Besitzt der Verein ein Vereinsorgan? Welches? — Antwort: Zu a: Angehörige aller Berufsstände und aller Stände sind dem Verein als Mitglieder willkommen. — Zu b: Bei dem nächsten Lokalantritt; Sie würden sich nach Znomorazlaw anschließen können. Zu c: Eintrittsgeld ist nicht zu zahlen. Zu d: Der Jahresbeitrag wird in beliebiger Höhe von 1 Mk. an gezahlt. Zu e: Bis jetzt hat der Verein ein Vereinsorgan noch nicht.

**Neueste Nachrichten.**

Halle, 15. Januar. In dem Ernstschacht bei Hebra sind 3 Bergleute verschüttet und getödtet, 2 verletzt worden.

London, 15. Januar. In Corl fand eine Meuterei des Royal-Füsilierregiments statt. Eine Abtheilung desselben tritt Zivilisten an und zerstörte mehrere Häuser. Der Verlust gelang es erst nach erbittertem Kampfe die Auführer zu zerstreuen. Mehrere Polizisten und Zivilisten sind schwer verwundet.

London, 15. Januar. Einer Meldung aus Ramsgate zufolge ist der spanische Dampfer „Esagar“ infolge eines Zusammenstoßes mit dem Bremer Schiffe „Nereus“ in der Nähe des Galloper-Leuchtschiffes während N. bels untergegangen. Von der Besatzung des „Esagar“ sind 19 Personen ertrunken. Der Kapitän, der Steuermann und ein Passagier wurden gerettet und vom „Nereus“ aufgenommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Wartmann in Thorn.

**Telegraphischer Berliner Börsenbericht.**

15. Jan. 15. Jan.

Tendenz der Fondsbörse: abgezwängt.		
Außsische Banknoten v. Kassa	216-95	217-70
Wechsel auf Warschau kurz	216-55	216-40
Breussische 3% Konfols	99-25	99-25
Breussische 3 1/2% Konfols	104-80	104-70
Breussische 4% Konfols	106-	105-90
Deutsche Reichsanleihe 3%	99-20	99-20
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2%	104-80	104-75
Polnische Pfandbriefe 4 1/2%	67-80	67-80
Polnische Liquidationspfandbriefe	-	-
Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2%	100-60	100-50
Diskonto Kommodit-Antheile	206-60	205-25
Oesterreichische Banknoten	168-20	168-25
Weizen gelber: Januar	-	-
Juli	152-75	151-25
Isto in Newyork	73 3/4	70 1/4
Roggen: Ioto	121-	121-
Januar	121-	120-75
Mai	124-75	124-25
Juli	126-	125-50
Hafers: Januar	-	-
Juli	121-	121-
Rübol: Januar	46-90	46-90
Mai	46-70	46-70
Spiritus:		
50er Ioto	51-80	51-80
70er Ioto	32-30	32-30
70er Januar	37-20	37-20
70er Mai	37-90	38-
Diskont 4 pCt., Lombardzinsfuß 4 1/2 pCt., resp. 5 pCt.		

Berlin, 15. Januar. (Städtischer Centralviehhof.) Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 239 Rinder, 10 059 Schweine, 1402 Käber und 954 Hammel. — Rinder wurden zu ziemlich unveränderten Preisen bis auf ca. 50 Stück nicht passende Waare verkauft. 3, 45-48, 4, 40-44 Mark per 100 Pfund Fleischgewicht. — Der Schweinemarkt verlief gedrückt und schleppend, wird auch nicht ganz geräumt. 1, 43, ausgesuchte Köfen darüber, 2, 40-42, 3, 36-39 Mark per 100 Pfd. mit 20% Lora. — Der Käberhandel gestaltete sich ebenfalls gedrückt und schleppend. Wahrscheinlich bleibt Ueberstand. 1, 58-62, ausgesuchte Waare darüber, 2, 53-57, 3, 48-52 Pf. pro Pfund Fleischgewicht. — Am Hammelmart fanden nur etwa 400 Stück Abnahme. Wirklich maßgebende Preise waren aus diesen wenigen Verkäufen nicht festzustellen, indessen wichen sie wohl wenig von den Preisen des vorigen Sonntag ab.

Königsberg, 15. Januar. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pCt. unverändert. Zufuhr 15 000 Liter. — Gefündigt — Liter. Lokalkontingent 51,00 Mk. Br., 50,10 Mk. Gd., — Mk. bez., Ioto nicht kontingentirt 31,50 Mk. Br., 30,50 Mk. Gd., 30,50 Mk. bez.

Seitensbericht der Thornener Handelskammer für Kreis Thorn. Thorn den 16. Januar 1896.

Wetter: trübe, mild.

(Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.)

Weizen recht fest, Angebot schwach. 131 Pfund bunt 139 Mk., 132 Pfd. hell 143/4 Mk., 133/4 Pfd. hell 145 Mk.

Roggen unverändert, 120/1 Pfd. 109 Mk., 122/5 Pfd. 110/12 Mk. Gerste sehr flau, keine Brauware 115/20 Mk., feinste über Notiz, gute Mittelwaare bis 114 Mk.

Erbsen geschäftslos.

Hafers flau, reiner, heller bis 105 Mk., abfallender 100 Mk.

**Kirchliche Nachrichten.**

Freitag, 17. Januar 1896.

Evangelische lutherische Kirche: abends 6 1/2 Uhr Abendstunde: Superintendent Rehm.

17. Januar: Sonnen-Aufg. 8.05 Uhr. Mond-Aufg. 9.22 Uhr Morg. Sonnen-Untg. 4.16 Uhr. Mond-Untg. 7.11 Uhr.

**Mannigfaltiges.**

(Zum Fall Friedmann) wird weiter berichtet, daß der Entloshene sich auch der Unterschlagung von Mündergeldern in Höhe von 6000 Mark schuldig gemacht habe. — Friedmann sei wiederholt ersucht worden, das Geld herauszugeben, habe



